

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Vorschläge zur Konsolidierung
der Staatsfinanzen unterbreitet
Ingrid Matthäus-Maler MdB.

Seite 1

Als Aufschrei gegen drohende
globale Katastrophen bewertet
**Professor Dr. Ingomar
Hauchler MdB** den neuen
UNDP-Bericht.

Seite 3

49. Jahrgang / 103

1. Juni 1994

Verschuldung macht den Staat zunehmend handlungsunfähig

Die SPD macht Vorschläge zur Konsolidierung

Von **Ingrid Matthäus-Maler MdB**

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

In diesen Wochen überschreitet die gesamte Staatsverschuldung die Grenze von 2 Billionen DM - ein trauriger Rekord. Und die Staatsverschuldung ufert weiter aus: Obwohl der Staat in jeder Minute fast 1,5 Millionen Mark Steuern einnimmt, macht er noch dazu in jeder Minute 422.000 DM neue Schulden. Die Folge ist: Der Staat muß in jeder Minute 280.000 Mark nur für Zinsen ausgeben. Das sind Steuergelder, die für Leistungen für die Bürger nicht mehr zur Verfügung stehen. Und wer glaubt, wenn er sein Häuschen oder sein Auto abbezahlt hat, sei er schuldenfrei, täuscht sich. Denn auf jeden Bürger entfallen rund 25.000 DM Staatsschulden, auf eine vierköpfige Familie also rund 100.000 DM. Für diese Schulden müssen wir alle als Steuerzahler einstehen.

Mit heute 2 Billionen DM hat sich die Staatsverschuldung unter dieser Bundesregierung seit 1982 verdreifacht. Von der gesamten Staatsverschuldung entfallen rund 70 Prozent, nämlich 1,4 Billionen DM auf den Bund einschließlich seiner Schattenhaushalte, der Rest auf Länder und Gemeinden in West und Ost. Nur die Hälfte der Bundesschulden hat Bundesfinanzminister Waigel offen im Bundeshaushalt ausgewiesen. Die andere Hälfte hat er in einer Vielzahl von Schattenhaushalten und Schuldentöpfen zu verstecken versucht. Solche Schuldentöpfe sind zum Beispiel die Treuhandanstalt, der Fonds "Deutsche Einheit", der Kreditabwicklungsfonds, der Erblassentilgungsfonds, das Bundeseisenbahnvermögen usw. Wie weit unsere Sprache inzwischen verbogen wird, zeigt sich daran, daß diese Schuldentöpfe auch noch als "Sondervermögen" bezeichnet werden. Wie man es auch dreht und wendet, die nackten Zahlen bestätigen: Bundesfinanzminister Waigel hat in den fünf Jahren seiner Amtszeit mehr Schulden gemacht als alle seine 13 Vorgänger in vierzig Jahren zusammen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kleinformatige
mit umweltfreundlichen
Recycling-Papier



Die Folgen der Staatsverschuldung werden für die Bürger immer schmerzlicher spürbar. In diesem Jahr muß der Staat schon mehr als 140 Milliarden DM nur für Zinsen ausgeben. In drei Jahren - 1997 - werden es bereits mehr als 180 Milliarden DM sein. Der Bund muß 1995 bereits jede vierte Mark seiner Steuereinnahmen nur für Zinsen ausgeben. Wer so maßlos den Weg in die Staatsverschuldung geht, handelt unverantwortlich gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Denn wir übergeben ihnen als Erblast einen zunehmend handlungsunfähig gewordenen Staat.

Die Spuren der Staatsverschuldung mit den explodierenden Zinsbelastungen sind im aktuellen Finanzplan der Bundesregierung bereits deutlich zu sehen. Es fehlen 8 Millionen Arbeitsplätze. Die Bundesregierung aber kürzt die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik in ihrer Finanzplanung um 57 Prozent. Es herrscht Wohnungsnot. Die Bundesregierung aber kürzt den Verpflichtungsrahmen für den sozialen Wohnungsbau um 30 Prozent. Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, ihre Miete zu bezahlen. Die Bundesregierung aber kürzt das Wohngeld um 26 Prozent. Und unsere Hochschulen platzen aus allen Nähten. Die Bundesregierung aber kürzt die Mittel für den Hochschulbau um 17 Prozent.

Daß die Bundesregierung seit 1991 die Steuern und Abgaben um 116 Milliarden DM jährlich erhöht hat, hat nicht nur mit der deutschen Einheit zu tun, sondern auch mit den explodierenden Zinsausgaben infolge ihrer Schuldenpolitik. Und es ist auch eine Folge ihrer Schuldenpolitik, daß sich die Bundesregierung jetzt schon wieder mit dem Gedanken einer erneuten Mehrwertsteuer-Erhöhung trägt und ab 1996 eine weitere Mineralölsteuer-Erhöhung in Höhe von 8 Milliarden DM in ihren Finanzplan bereits eingestellt hat. Damit dieses ständige Drehen an der Steuer- und Abgabenschraube endlich ein Ende findet, gibt es nur einen Weg: Die staatliche Neuverschuldung muß zurückgeführt werden und dafür muß endlich energisch gespart werden.

Das Bundesfinanzministerium versucht sich in Beschönigung

Leider hat sich der Bundesfinanzminister vor seiner Aufgabe, dies den Bürgern deutlich zu sagen und Sparsamkeit zu praktizieren, jahrelang gedrückt. Stattdessen versucht er immer noch, die Situation zu beschönigen, zum Beispiel durch internationale Vergleiche. Natürlich hat Italien eine höhere Staatsverschuldung, aber wollen wir denn italienische Verhältnisse? Natürlich ist die Nettokreditaufnahme als Anteil am Bruttoinlandsprodukt bei uns niedriger als in Griechenland. Aber wollen wir denn griechische Verhältnisse? Wer immer nur Länder, die bereits im Schuldensumpf versinken, zum Vergleich heranzieht, dem scheint der Wille zur Besserung zu fehlen.

Wer die Handlungsfähigkeit des Staates wieder herstellen will, muß jetzt mit der Konsolidierung beginnen. Es ist bereits fünf nach Zwölf. Die Mentalität "Sparen erst im nächsten Jahr, vielleicht erst in zwei Jahren, auf jeden Fall erst nach der nächsten Wahl, am besten überlassen wir das Sparen unseren Kindern und Enkeln" muß durchbrochen werden. Es darf nicht länger nach dem Motto gehandelt werden: Ist Geld da, wird es ausgegeben; ist keines da, werden eben Schulden gemacht. Nur wer bereit ist, den handlungsunfähigen Staat in Kauf zu nehmen oder wer ihn sogar wil, kann die Schuldenlawine ungebremst weiter rollen lassen.

Sparen muß sein und Sparen heißt: Wir müssen alle bescheidener werden. Der Freiburger Oberbürgermeister, Rolf Böhme, hat unser Denken in einem Buch so beschrieben: "Je mehr wir haben, umso mehr haben wir zu wenig." Wir müssen wegkommen von diesem Denken. Es darf aber auch nicht so sein, daß immer diejenigen fordern, den Gürtel enger zu schnallen, die selbst Hosenträger anhaben.

Wir Sozialdemokraten haben dazu ein sozial gerechtes Einsparpaket über 20 Milliarden DM vorgelegt. Sozial gerecht, denn beim Sparen darf die soziale Gerechtigkeit nicht beschädigt werden. Unsere Vorschläge reichen von der Beseitigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Schmiergeldern bis zum Verzicht auf den Bau des Jägers 90. Die Bundesregierung hat diese Einsparvorschläge bis heute nicht aufgegriffen. Sie sagt stattdessen, Triebkraft unserer Politik sei der Neid. Da frage ich: Ist es etwa Neid, wenn wir kritisieren, daß die Bundesregierung Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe gekürzt und das Schlechtwettergeld gestrichen hat, während sie gleichzeitig auf bis zu 40 Milliarden DM dadurch verzichtet hat, daß sie den Solidaritätszuschlag für hohe und höchste Einkommen zweieinhalb Jahre ausgesetzt hat? Ist es etwa Neid, wenn wir kritisieren, daß Luxusautos bei uns als Betriebs-Pkw in unbegrenzter Höhe steuerlich abzugsfähig sind, während diese Bundesregierung gleichzeitig für die kleinen Leute die Mineralölsteuer ununterbrochen anhebt, und zwar ohne jede Rückgabe? Ist es etwa Neid, wenn wir kritisieren, daß Bewirtungsspesen immer noch steuerlich absetzbar sind, während die Bundesregierung den Arbeitnehmern sogar die Steuerfreiheit ihres kleinen Essenszuschusses gestrichen hat? Ist es etwa Neid, wenn wir kritisieren, daß Spitzenverdiener durch den steuerlichen Kinderfreibetrag eine Entlastung von 181 DM im Monat haben, während der Niedrigverdiener nur 66 DM erhält? Und ist es etwa Neid, wenn wir kritisieren, daß die Bundesregierung den kleinen Leuten sogar noch unter Verstoß gegen unsere Verfassung das Existenzminimum besteuert, während sie gleichzeitig - wie ihr Wirtschaftsminister jeden Tag verkündet - den Spitzensteuersatz senken will, der wohlgerne erst bei Einkommen von mehr als 240.000 einsetzt?

Wer so spricht, der will nicht wirklich sparen. Und wer immer nur die zur Solidarität heranzieht, die eigentlich der Solidarität bedürften, und die verschont, die Solidarität erbringen könnten und müßten, der setzt den sozialen Frieden in unserem Land aufs Spiel. Nach der Schuldenpolitik der Bundesregierung steht die Finanzpolitik heute vor einer Gradwanderung, die so schwierig ist wie nie: Es muß gespart werden, ohne daß die soziale Gerechtigkeit unter die Räder kommt und der Konjunktur geschadet wird. Damit der Staat wieder handlungsfähig wird, müssen die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden, obwohl bereits jetzt das Geld an allen Ecken und Enden fehlt. Und diese Konsolidierung darf nicht durch weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen erfolgen, da die Belastungsgrenze der meisten Menschen heute bereits erreicht, wenn nicht sogar überschritten ist. Das ist die Aufgabe, vor der die Finanzpolitik heute steht. Dafür brauchen wir endlich eine Bundesregierung, die nicht länger schönfärbt und Probleme verdrängt, sondern sich dieser Aufgabe stellt.

(/1. Juni 1994/rs/ks)

Aufschrei gegen drohende globale Katastrophen Lob und Kritik für den neuen UNDP-Bericht

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Einmal Lob: Wiederum legt ein UNDP-Bericht den Finger in die Wunde: Reiche und arme Länder verschleudern Unsummen an Ressourcen für Rüstung und Waffengeschäfte und geben nur einen verschwindend geringen Bruchteil dessen für menschliche Entwicklung und vorbeu-

gende Friedenspolitik aus. Trotz eines Absinkens der Rüstungsausgaben in den Jahren von 1987 bis 1993 um 935 Milliarden Dollar wurde von dieser "Friedensdividende" keine Mark mehr in die Bekämpfung von Armut, Umweltschutz und Eindämmung des Bevölkerungswachstums investiert.

Die reichen Industriestaaten sind so sehr mit ihrem Reichtum und der Ungerechtigkeit in den eigenen Ländern beschäftigt, daß sie für die Armen und die Vorbeugung globaler Katastrophen weder Zeit noch Geld haben. Aber auch die Medien interessiert das Thema nicht sonderlich. Wenn nicht gerade Völker aufeinander schlagen, blutige Bilder zu senden sind oder Parteiführer ex cathedra darüber sprechen, wird über Fakten und Argumente der Entwicklungspolitik kaum berichtet.

Es ist ein Verdienst des UNDP-Berichtes, daß er jedes Jahr auf zentrale Fehlentwicklungen in Industrie- und Entwicklungsländern hinweist und Vorschläge für eine Politik macht, die besser als bisher den globalen Sicherheitsrisiken begegnet.

Zu unterstützen ist insbesondere der Vorschlag, künftige Einsparungen bei den Rüstungsausgaben in einen globalen Fond für menschliche Sicherheit einzubringen und einen größeren Teil der entwicklungspolitischen Mittel in Bildungs-, Gesundheits- und Sozialprogramme zu investieren. Ohne ein Minimum an sozialer Sicherheit, Gesundheit und Bildung wird die Weltbevölkerung weiterhin stärker wachsen, als es sozial und ökologisch verträglich ist.

Auch den Vorschlag, über eine eng definierte Entwicklungshilfe hinaus eine Entwicklungspartnerschaft zwischen Nord und Süd im Bereich von Handel und Technologie aufzubauen, begrüßt die SPD. Wir haben seit Jahren dazu Vorschläge gemacht, die die Koalitionsparteien nicht aufgegriffen haben.

Das gleiche gilt für den Vorschlag, bei der UNO einen wirtschaftlichen Sicherheitsrat einzurichten. Die Hauptaufgabe der UNO ist es nicht, nachträglich in Kriege und Bürgerkriege einzusteigen (und sei es auch für die gerechte Sache), sondern durch Einrichtung eines Frühwarnsystems, vorbeugende Diplomatie und Entwicklungspolitik, Kriege zu verhindern.

Einmal Kritik: So sehr die Aussagen des UNDP-Berichts also auf der Linie der SPD-Vorschläge liegen, so muß man die Autoren doch fragen, ob immer neue Appelle in der Sache ausreichen, wenn in den Parlamenten und Regierungen und oft auch in der Breite der Gesellschaften nicht der Wille vorhanden ist, etwas gegen die Ego manie und Selbstbezogenheit bei denen, denen es gut geht, zu tun. Kein Zweifel: wir brauchen mehr Mittel für globale menschliche Entwicklung. Aber wer schreibt darüber in unseren Zeitungen und überzeugt die Bevölkerung? Welcher Spitzenpolitiker stellt sich hin und erklärt, daß globale Entwicklung für ihn hohe Priorität genießt? Wo ist die gesellschaftliche Lobby für globale Entwicklung? Wer organisiert die Mehrheit für ein Umdenken in den Parlamenten?

Darüber sagt der UNDP-Bericht wenig. Er läßt die Machtfragen außer acht. Weder der amerikanische Präsident noch der deutsche Bundeskanzler werden kritisiert, daß beide nun seit Jahren die Entwicklungshilfe herunterfahren.

Der UNDP-Bericht ist ein Aufschrei gegen mögliche globale Katastrophen. Und das ist gut so. Er ist aber zahn, wo es gilt, die wirklichen Blockaden zu identifizieren, die der Verwirklichung der eigenen Vorschläge entgegenstehen. Da gilt es, nachzuarbeiten.

(-/1. Juni 1994/rs/ks)
